

Kiel, 14. Dezember 2012

Nr.: 5 /2012

## Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist eines unserer wichtigsten Ziele. Deshalb hat sich die SPD auch dafür eingesetzt, die Kommunen dabei zu unterstützen. Während Schwarz-Gelb geradewegs auf eine Klage zusteuerte, hat die neue Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Einigung erzielt, die Kindern und ihren Eltern hilft und die Kommunen entlastet. Das Land ist in einem beispiellosen finanziellen Kraftakt den Kommunen weit entgegengekommen. Es wird ab 1. August 2013 die Mehrkosten für die Betreuung von Kindern zwischen einem und drei Jahren übernehmen. Ab diesem Zeitpunkt haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz.

Die Kommunen erhalten zusätzlich 15 Millionen Euro für die Betriebskosten für Kinderkrippen und Kindertagespflege; diese Summe wird bis 2017 auf 80 Millionen Euro jährlich anwachsen.

Als Ausgleich für Betriebsmehrkosten, die in der Vergangenheit entstanden sind und noch bis zum 1.8.2013 entstehen, erhalten die Kommunen einmalig 36,5 Millionen Euro. Dieser Betrag teilt sich auf in

- 13 Mio Euro, die das Land den Kommunen zusätzlich für weitere Ausgaben der Grundsicherung im Alter zur Verfügung stellt,
- 11,5 Mio Euro aus den Minderausgaben bei den Zinszahlungen des Landes für Investitionen in die energetische Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen,
- 12 Mio Euro kommen aus den Landeszuschüssen zur Betriebskostenförderung, wenn diese nicht in vollem Umfang ausgeschöpft werden. Damit soll eine verbesserte Regelung der Sozialermäßigung und eine Steigerung der Qualität in Kindertageseinrichtungen erreicht werden.

Weiterhin stehen unabhängig von den Betriebskosten rund 10 Millionen Euro für Investitionen bereit.

Als Basis für die Übernahme der Betriebskosten wird für jeden Krippenplatz eine Platzkostenpauschale von 10.000 Euro pro Jahr angesetzt, für die Tagespflege 5.000 Euro.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Für die Berechnungen der Betriebskosten legt man eine Aufteilung von 70 % der Plätze in Kindertageseinrichtungen und 30 % in der Kindertagespflege zugrunde. So war es auch bei Einführung des KiFöG vorgesehen und dies entspricht etwa dem derzeitigen Verhältnis in Schleswig-Holstein.

PI und Hintergrund-Info der Landesregierung: [http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Service/Presse/PI/2012\\_neu/MP/1212110\\_stk\\_kinderbetreuung.html](http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Service/Presse/PI/2012_neu/MP/1212110_stk_kinderbetreuung.html)

## Aus dem Landtag (6. Tagung 12. – 14.12.2012)

### Bildungspolitik

Die Opposition versucht immer wieder, ihre verkorkste Bildungspolitik zu beschönigen und unsere bildungspolitischen Ziele schlecht zu reden. In dieser Tagung ging es in einem Antrag von FDP und CDU „Elternwille beachten und Eigenverantwortlichkeit von Schulen stärken“ wieder um die sogenannte Wahlfreiheit an Gymnasien. Man hat manchmal den Eindruck, die ganze Schulpolitik von Schwarz-Gelb kreist um das Gymnasium, die anderen Schulen und Schüler interessieren nicht. Statt G 8, G 9 und Y an den Gymnasien hat die rot-grün-blaue Koalition eine klare Linie: Wir wollen für alle Kinder die Möglichkeit schaffen, das Abitur zu erreichen. Und zwar an Gemeinschaftsschulen in 9 Jahren, an Gymnasien in 8 Jahren. Hinzu kommen die beruflichen Gymnasien, wo ebenfalls nach 9 Jahren das Abitur abgelegt werden kann.

Damit ermöglichen wir landesweit Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9; Eltern können die für ihr Kind angemessene Schulart wählen.

Damit G 8 und G 9 flächendeckend angeboten wird, werden wir weitere Oberstufen an Gemeinschaftsschulen einrichten. Dabei geht es mitnichten um „Konkurrenz“ zu Gymnasien, denen man angeblich die Schüler wegnehmen will, wie die Opposition behauptet. Sondern es geht darum, dass alle Kinder den für sie geeigneten – kürzeren oder längeren – Weg zum Abitur gehen können sollen.

Die Rede von Ralf Stegner zu diesem TOP: <http://www.spd.ltsh.de/presse/wir-nehmen-den-elternwillen-ernst>

Regionalschulen, die Gemeinschaftsschule werden wollen (und damit auch keine abschlussbezogene Differenzierung mehr vorsehen), jedoch die für Gemeinschaftsschulen erforderliche Mindestzahl von 300 Schülern nicht erreichen, setzen nicht ihre Existenz aufs Spiel, wie es die Opposition immer behauptet. Sie erhalten vielmehr eine Bestandsgarantie und damit Planungssicherheit. Dies wird per Verordnung vom Bildungsministerium geregelt.

Für weiterführende Schulen, die weniger als 240 Schülerinnen und Schüler haben, müssen jeweils individuelle Lösungen gefunden werden. Das war bei der letzten und bleibt auch bei dieser Landesregierung so, weil Qualität und Quantität zusammenhängen.

Die Änderung des Schulgesetzes wird derzeit vorbereitet. Wir legen sehr großen Wert darauf, dass dies in einem breiten Dialog mit allen wichtigen Akteuren geschieht. Nach dem Auftakt mit der Bildungskonferenz wurden Arbeitsgruppen eingerichtet; der Bildungsdiallog wird weitergeführt, Anregungen werden Eingang in die Änderungen des Gesetzes finden.

## Provinzial-Versicherung und Sparkassen

In einer von uns beantragten Aktuellen Stunde befasste sich der Landtag mit der Situation der Provinzial-Versicherung. Die drohende Übernahme durch den Branchenriesen Allianz ist abgewendet, nachdem die Sparkassen in Schleswig-Holstein, die 18 % der Anteile halten, klar signalisiert haben, dass sie einem Verkauf nicht zustimmen würden. Ebenso haben die Provinzial Nordwest und die Provinzial Rheinland nach Intervention der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft vereinbart, ein Zusammengehen der beiden Gesellschaften zu prüfen.

Der Verkauf der Provinzial an einen privaten Konkurrenten ist jedenfalls dauerhaft vom Tisch.

Dieses Ergebnis ist ganz klar auch den vehementen Protesten der Beschäftigten mit Unterstützung der Gewerkschaften zu verdanken. Die SPD hat sich von Anfang an gegen den Provinzial-Verkauf positioniert.



Im Zusammenhang mit dieser Debatte geht es auch um die Zukunft der Sparkassen in Schleswig-Holstein. Wir sind gegen eine Privatisierung; wir wollen die Sparkassen als Kreditinstitut in der Fläche und als Kreditgeber für den Mittelstand erhalten und stärken. Das von Schwarz-Gelb geänderte Sparkassengesetz erlaubt einen Einstieg der Hamburger Sparkasse und anderer freier Sparkassen durch Möglichkeiten zum Beteiligungserwerb. Dann allerdings liegt eine Teilprivatisierung vor. Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, dass es sich bei der HaSpa um ein privates Rechtssubjekt handelt. Und auch die Mitteilung der EU-Kommission hat - bei allen Hintertürchen - erkennen lassen, dass sie die HaSpa-Finanzholding als Privaten einordnet. Wir brauchen also eine Lösung, die den Sparkassen hilft, ohne die Tür für private Beteiligungen zu öffnen. An dieser Lösung arbeiten wir.

## Weitere Themen

Einrichtung einer **Pflegekammer** als Selbstverwaltung der Pflegeberufe, zur Vertretung der Interessen der in der Pflege Beschäftigten und für die Mitgestaltung ihrer Angelegenheiten auf allen Ebenen. Aufstockung der Anzahl der **kostenfreien Ausbildungsplätze** in der Pflege um zweimal 200 in den nächsten beiden Jahren. Dazu Rede von Birte Pauls:

<http://www.spd.ltsh.de/presse/die-attraktivitaet-des-pflegeberufes-st-rken>

Europabericht der Landesregierung und Ziele unserer **Europapolitik** – dazu Reden von Regina Poersch: <http://www.spd.ltsh.de/presse/es-lohnt-sich-die-europ-ische-idee-weiterzuentwickeln> und <http://www.spd.ltsh.de/presse/zukunft-meer> und <http://www.spd.ltsh.de/presse/alle-m-ssen-mitbauen-der-zukunft-europas>